
Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des Beigeordneten Dieter Feid

KSD 20112684

Rede zur Amtseinführung von Dieter Feid als Beigeordneter am 20. Juni 2011

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Bürgermeister Zeiser, lieber Wilhelm,
werte Damen und Herren des Stadtvorstandes,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst herzlich Danke sagen! Herzlichen Dank Ihnen Frau Oberbürgermeisterin für Ihre freundlichen Worte. Herzlichen Dank, dir lieber Wilhelm Zeiser, für deine großartige Unterstützung in den letzten Wochen und Monaten. Herzlichen Dank Ihnen werte Stadträtinnen und Stadträte, die Sie mich am 6. Dezember vergangenen Jahres mit sehr breiter Zustimmung zum Beigeordneten für Finanzen, Ordnung und Bürgerdienste gewählt und mir einen großen Vertrauensvorschuss mit auf den Weg gegeben haben.

Herzlichen Dank auch meiner Familie, Freunden und politischen Wegbegleitern, die mich in den vergangenen Jahren so sehr unterstützt haben. Ich freue mich sehr, dass Sie alle – an der Spitze der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Hendrik Hering, sein Stellvertreter Günther Ramsauer, der auch viele Jahre Beigeordneter der Stadt Ludwigshafen war und der Generalsekretär der rheinland-pfälzischen SPD Alexander Schweitzer – heute Nachmittag nach Ludwigshafen gekommen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist eine ganz besonders bedeutende und wertvolle Erfahrung, das erste Mal hier zu Ihnen allen, den Bürgerinnen und Bürgern dieser schönen Stadt, dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sprechen. Ich freue mich sehr auf meine neuen Aufgaben und unsere künftige Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt und der Menschen, die hier leben. Die Menschen stehen im Mittelpunkt meiner – unserer – Arbeit. Persönliche Begegnungen, den Menschen zuhören, sich kennen und schätzen lernen, werden für mich den zukünftigen Ludwigshafener und Neuling in der Stadtverwaltung in den kommenden Wochen von besonderer Bedeutung sein.

Ich möchte gerne Partner aller demokratischen Fraktionen im Stadtrat werden, Ansprech- und Gesprächspartner für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, für Beiräte, Vereine, Verbände, Unternehmen, Handwerk und Handel, der Institutionen, Kirchen, sozialen Einrichtungen, Gewerkschaften und der Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung mit dem Personalrat. Dabei bin ich für gute Vorschläge, konstruktive Kritik sowie kreative Ideen besonders dankbar. Darüber hinaus ist es mir ein besonderes Anliegen, dass wir von Anfang an miteinander und nicht übereinander sprechen, fair und geprägt von gegenseitigem Respekt.

Ich übernehme von Wilhelm Zeiser ein gut organisiertes und gut aufgestelltes Dezernat mit motivierten und sehr qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das wird mir sehr helfen, mich möglichst schnell in die bestehenden Strukturen und Verwaltungsabläufe einzuarbeiten und zu integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Dezernat 2,
ich werde unser Dezernat kooperativ und zielorientiert führen. Dabei baue und vertraue ich auf Ihr Fachwissen, Ihre Fähigkeiten, Ihre soziale Kompetenz und Ihre Verbundenheit zur Stadt Ludwigshafen und den Menschen, die hier leben und arbeiten.

Regelmäßige Gesprächsrunden mit den Führungskräften aller Bereiche, dem Personalrat und je nach Bedarf weitere Gespräche werden helfen, die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen dem Dezernenten und den Bereichen auch zukünftig fortzuführen und vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch auszubauen und zu intensivieren.

Nach außen hin wird es mir ein besonderes Anliegen sein, dass wir gemeinsam den Bürgerinnen und Bürgern unsere Angebote und Dienstleistungen zügig, transparent, kompetent und zuvorderst an den Belangen der Menschen orientiert zur Verfügung stellen und wir überall dort, wo dies noch möglich ist, daran arbeiten, uns weiter zu verbessern.

Das Projekt "Einführung der Servicenummer 115", das im November 2011 starten soll, ist ein gutes Beispiel dafür, dass Kundenorientierung und Dienstleistungsqualität auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Medien verbessert werden können.

Meine Damen und Herren,
angesichts der sehr angespannten finanziellen Situation der Stadt Ludwigshafen habe ich großen Respekt vor dem Amt und der Aufgabe, eine anspruchsvolle Herausforderung, die ich gerne annehme. Haben Sie keine Sorge, ich werde jetzt nicht meine erste Haushaltsrede halten, erlauben Sie mir aber dennoch am heutigen Tage mit Blick auf die sehr angespannte Haushaltslage der Stadt einige grundsätzliche Bemerkungen.

Viele deutsche Städte stehen vor immer größer werdenden finanziellen Problemen. Eine wesentliche Ursache dafür sind Folgen, die sich aus der föderalen Struktur unseres Staates ergeben. Vor allem auf Bundes- aber auch auf Landesebene wurden und werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, deren Ausführung die Kommunen übernehmen müssen – ohne echte Mitsprachemöglichkeiten zu haben und ohne vollständigen Ausgleich der dafür erforderlichen Finanzmittel.

Es ist seit Jahren im Kern unstrittig, dass es zur Wiederherstellung der kommunalen Finanzautonomie zwingend erforderlich und alternativlos ist, zentrale ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu ändern.

Stichworte auf Bundesebene sind hier:

- Die "aufgabenadäquate Finanzausstattung der Kommunen",
- "Konnextität auf Bundesebene" – wer bestellt, der bezahlt auch,
- "Gesetzesfolgenabschätzung" für die Kommunen und
- die "Erhöhung des Bundesanteils zu den Kosten der Unterkunft (KdU) und anderer Sozialausgaben".

Stichworte auf Landesebene sind:

Teilnahme am "Kommunalen Entschuldungsfonds" und die "Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs" unter Berücksichtigung längst überfälliger Neuregelungen zugunsten der kreisfreien Städte, die ausweislich der Kommunalberichte des Landesrechnungshofes die größten strukturellen Probleme aufweisen und diese aus eigener Kraft kaum mehr bewältigen können.

Ergebnis für Ludwigshafen jedenfalls ist mittlerweile ein jährliches strukturelles Defizit von rd. 80 Mio. Euro – Tendenz steigend.

Die wesentlichen Gründe hierfür sind

Steuersenkungen hin zu einer mittlerweile unzureichend niedrigen Steuerbasis und permanent steigende Lasten insbesondere im Bereich der Sozialausgaben, jeweils ohne entsprechend angemessene Kompensation.

Hier wird es unsere Daueraufgabe bleiben, den beziehungsweise die Verursacher anzuhalten, ihrer Finanzverantwortung gerecht zu werden und den Kommunen zu helfen.

Schaut man auf die aktuellen Ergebnisse der von der Bundesregierung Anfang 2010 eingerichteten Gemeindefinanzkommission, deren gute und wichtige und richtige Aufgabe es war, "Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten", muss man heute ernüchert feststellen: Die so notwendige, grundlegende, alle drei staatlichen Ebenen umfassende Gemeindefinanzreform ist nach wie vor nicht in Sicht!

Bei einer Verschuldung von über einer Milliarde Euro – das entspricht rechnerisch rd. 7.000 Euro für jede Bürgerin und jeden Bürger – und einem unverschuldeten, überwiegend vom Bund verursachten jährlichen strukturellen Defizit von rd. 80 Mio. Euro habe ich mir für unsere Stadt von der Gemeindefinanzkommission erheblich mehr erhofft.

Das Ergebnis bedeutet für Ludwigshafen: Aus eigener Kraft kann ein ausgeglichener Haushalt zukünftig kaum erreicht werden!

Gleichwohl wäre es auch nicht angemessen, von einem Scheitern der Gemeindefinanzkommission zu sprechen. Ausdrücklich begrüße ich, dass der Bund schrittweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt.

Für die Stadt Ludwigshafen können wir, sofern im anstehenden Gesetzgebungsverfahren gewährleistet wird, dass die Entlastung auch in vollem Umfang bei den Kommunen ankommt, in der Endstufe 2014 mit einer Entlastungen in Höhe von rd. 13 Mio. Euro rechnen.

Außerdem bleibt die Gewerbesteuer unangetastet. Hier hat sich die einhellige Auffassung der kommunalen Familie durchgesetzt, dass es nach wie vor keine tragfähige Alternative zur Gewerbesteuer gibt. Dieses Ergebnis ist für Ludwigshafen besonders bedeutsam!

Dennoch sind weitere Schritte des Bundes zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage im Bereich der Sozialausgaben dringend erforderlich.

Auch das Thema Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muss in diesem Zusammenhang, allerdings differenziert und mit Augenmaß, weiter diskutiert werden.

Mit Blick auf das Land Rheinland-Pfalz ist festzustellen, dass hier wichtige Schritte in die richtige Richtung erfolgt sind, denen aber aus Sicht der großen Städte noch weitere folgen müssen. So hat das Land trotz massiver Einnahmeeinbrüche in Folge der Weltwirtschaftskrise anders als viele andere Bundesländer die Mittel im Kommunalen Finanzausgleich nicht gekürzt.

Das Konnexitätsprinzip: "Wer bestellt, bezahlt" ist in der Landesverfassung verankert.

Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds, den ich für notwendig, richtig und wichtig halte, werden die teilnehmenden Kommunen in die Lage versetzt, Ihren jeweiligen Kassenkreditbestand vom 31. Dezember 2009, oder wie man ihn doppisch heute nennt: Liquiditätskreditbestand, innerhalb von 15 Jahren um 2/3 zu reduzieren, d.h. echt zu tilgen.

Für Ludwigshafen geht es um ein Entschuldungsvolumen von über 400 Mio. Euro, eine einmalige Chance, die es zu nutzen gilt!

Der Entschuldungsfonds ist eine deutliche und nachhaltige Hilfe, für die wir den erforderlichen Konsolidierungsbeitrag meines Erachtens nach aufbringen müssen.

Aber – und dieses Aber wiegt schwer: Es verbleiben nach wie vor

- 1/3 der sog. Altkassenkredite,
- die zwischenzeitlich nach dem 31. Dezember 2009 weiter aufgenommenen Liquiditätskredite,
- die Investitionskredite,
- dass dargestellte strukturelle Defizit und
- die sehr reale Gefahr des erneuten Schuldenaufbaus infolge der weiterhin völlig unzureichenden Beteiligung des Bundes an den von ihm gesetzlich verursachten Sozialausgaben.

Zusammenfassend ist festzustellen: Der Entschuldungsfonds alleine wird die Finanzprobleme der Stadt nicht lösen, aber er ist eine deutliche und nachhaltig wirksame Hilfe. Für die Beteiligung der Stadt Ludwigshafen werbe ich ausdrücklich und mit großem Nachdruck.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
in Rheinland-Pfalz ist die lange überfällige Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs weiterhin dringend erforderlich! Es muss endlich angemessen berücksichtigt werden, dass eine Stadt wie Ludwigshafen, für ihr Umland die Oberzentrumsfunktion wahrnimmt, also beispielsweise Infrastruktur im Bildungs-, Gesundheits-, oder Kulturbereich bereitstellt, viele gute Arbeitsplätze anbietet und erheblich höhere Soziallasten als das Umland zu tragen hat. All diese Gesichtspunkte sind derzeit nicht ausreichend berücksichtigt.

Seitens der Landesregierung wird nun mit Hilfe externer Gutachter überprüft, inwieweit der Kommunale Finanzausgleich reformbedürftig ist, also ob und inwieweit die im Landesfinanzausgleichsgesetz definierten Verteilungskriterien den heutigen Strukturen und Bedarfen gerecht werden und, das ist aus meiner Sicht der entscheidende Punkt, welche gegebenenfalls neuen beziehungsweise modifizierten Verteilungskriterien den ermittelten Bedarfen zukünftig gerecht werden können.

Wir brauchen aus Ludwigshafener Sicht eine Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz so schnell wie möglich! Das seitens der Landesregierung hierfür in Aussicht gestellte Jahr 2014 ist meiner Auffassung nach zu spät. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass eine gerechtere Verteilung der Finanzausgleichsmasse so schnell wie möglich Gesetz wird und die Kommunen, die überdurchschnittlich hohe Sozialausgaben zu tragen haben, unterm Strich endlich entlastet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Handlungsbedarf besteht auf allen staatlichen Ebenen: Bund, Land und Kommune. Es ist keine gewagte Prognose, dass uns das Thema Konsolidierung in den kommenden acht Jahren dauerhaft und noch intensiver als bisher beschäftigen wird.

Auch wenn die Herausforderungen größer werden: Wir müssen weiter konsolidieren! Wir müssen alle Maßnahmen – auch die investiven – auf Einsparmöglichkeiten hin überprüfen und, wo immer es vertretbar ist, diese auch realisieren. Augenmaß und das Bewusstsein unserer sozialen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und gegenüber zukünftigen Generationen gilt es immer fest im Blick zu behalten. Diesen Weg geht die Stadt bereits, was zahlreiche Sparrunden in den vergangenen Jahren und der Einstieg in Kosten- und Aufwand-Benchmarks belegen. Die Kommunalaufsicht hat dies wiederholt ausdrücklich begrüßt und positiv hervorgehoben. Diese Bemühungen gilt es konsequent fortzusetzen!

Sie sind nicht vergebens, sondern leisten einen wichtigen Beitrag dazu, die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und sie versetzen uns glaubwürdig in die Lage, von anderen staatlichen Ebenen zu verlangen, dass auch diese ihrer Verantwortung gerecht werden.

Meine Damen und Herren,
Ludwigshafen ist eine junge, moderne, zukunftsorientierte Industriestadt im Wandel. Sie ist der Wirtschafts- und Jobmotor für die Metropolregion und das Land Rheinland-Pfalz. Nahezu 100.000 Menschen haben in Ludwigshafen ihren Arbeitsplatz und verdienen in der Summe überdurchschnittlich gut. Die Stadt gehört bundesweit zu den Regionen mit den höchsten Bruttoeinkommen.

Gleichzeitig lastet die dritthöchste Arbeitslosenquote aller rheinland-pfälzischen Kreise und kreisfreien Städte auf der Stadt. Im Mai 2011 waren 7.584 Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener ohne Arbeit, was einer Quote von 9,4 Prozent entspricht. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte der Stadt, die so genannten Primäreinkommen, sind unterdurchschnittlich, der Anteil der Menschen die Grundsicherung für Arbeitssuchende beziehen überdurchschnittlich. Viele Menschen, die in Ludwigshafen ihren Arbeitsplatz haben und gut verdienen, wohnen außerhalb der Stadtgrenzen, eine schwierige Entwicklung, die schon seit langem zu beobachten ist.

Eine der großen sozialpolitischen Herausforderungen der Zukunft wird es sein, mit allem Nachdruck auch dafür zu arbeiten, dass mehr Bürgerinnen und Bürger aus unserer Stadt an

den guten Verdienstmöglichkeiten in Ludwigshafen partizipieren. Der Schlüssel dazu sind Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und noch einmal Bildung, Ausbildung und Qualifizierung. Es geht darum, sich um diese Menschen verstärkt zu kümmern und zu bemühen, ihnen dabei zu helfen, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten, die Lebenschancen ihrer Kinder dadurch zu verbessern, dass diese unabhängig von ihrer Herkunft maximal gut ausgebildet werden. Dies ist nicht nur finanzpolitisch geboten, sondern in erster Linie sozial gerecht und – mit Blick auf den sich zunehmend verstärkenden Fachkräftemangel – vor allem auch volkswirtschaftlich notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die vielen erfolgreichen Ansiedlungen der letzten Monate und Jahre zeigen: Ludwigshafen ist sehr attraktiv für mittelständische Betriebe und Dienstleister. Viele neue Arbeitsplätze sind entstanden, entscheidende Weichen wurden seitens der Stadt gestellt. Wichtige Zukunftsfragen, wie die Vergrößerung der Fachhochschule, die Erweiterung des Technologiezentrums zu einem regionalen Innovationszentrums oder der Bau einer integrierten Leitstelle im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes, gilt es gemeinsam zu diskutieren, zu entscheiden beziehungsweise anzugehen.

Ludwigshafen ist auch für alle Altersgruppen eine gute Adresse zum Wohnen. Es ist schön festzustellen, dass viele, vor allem junge Familien, den Weg zurück nach Ludwigshafen gefunden haben. Die Stadt bietet sehr attraktive Wohn- und Lebensräume und die entsprechenden Einkaufsmöglichkeiten. Schade ist nur, dass noch viel zu viele Menschen außerhalb von Ludwigshafen von diesen sehr positiven Entwicklungen zu wenig wissen.

Das Image der Stadt entspricht bei weitem nicht mehr der Realität! Wir alle sind aufgerufen, auf den verschiedensten Ebenen unsere diesbezüglichen Bemühungen zu intensivieren und damit einen Beitrag zum Wohle unserer Stadt, zur Verbesserung ihres Images, zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Ludwigshafen braucht sich wahrlich nicht zu verstecken. Ich habe die Stadt in den letzten Monaten als starke, kraftvolle Stadt mit Perspektive kennen gelernt, in der ich gerne leben und für die ich gerne mit aller Kraft, Motivation und Emotion arbeiten werde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des Beigeordneten Dieter Feid
hier: Übertragung der Leitung des Geschäftsbereiches des Dezernates 2
(Finanzen, Ordnung und Bürgerdienste)

KSD 20112684

Gem. § 50 Abs. 3 GemO muss hauptamtlichen Beigeordneten die Leitung angemessener Geschäftsbereiche übertragen werden.

Gem. § 50 Abs. 4 S. 3 GemO bedarf die Übertragung der Leitung eines Geschäftsbereichs der Zustimmung des Stadtrates.

Der dem ausscheidenden Bürgermeister Zeiser übertragene Geschäftsbereich umfasste gem. Beschluss des Stadtrates vom 25.11.2002 das Dezernat 2 (Finanzen, Ordnung und Bürgerdienste). Mit der Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des Beigeordneten Dieter Feid soll ihm der bestehende Geschäftsbereich des Dezernates 2 übertragen werden.

ANTRAG

Der Stadtrat möge der Übertragung der Leitung des Geschäftsbereiches des Dezernates 2 (Finanzen, Ordnung und Bürgerdienste) wie vorgeschlagen zustimmen.

Beschluss des Stadtrates:

Antrag einstimmig angenommen.-----